



# SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

Fernsprecher 20951/52

Hannover, Georgstraße 33

P/V/149

30. Juni 1950

Hinweise  
auf den Inhalt:

Sicherheit für Deutschland	S.1
Zwischenphase im Schuman-Plan (Französische Gesichtspunkte)	S.3
Unsoziale Getreidepreis	S.5
Die Labour-Party wächst	S.6
DGB vor neuer Konsumentenbelastung	S.7

## Sicherheit für Deutschland

sp. Wenn am 3. Juli der auf der letzten Aussenminister-Konferenz beschlossene Sachverständigen-Ausschuss in London zusammentritt, um die ersten Verhandlungen über die Revision des Besatzungsstatute zu führen, dann wird er das in einer gegenüber jener Konferenz stark veränderten politischen Atmosphäre tun. Seit London ist viel geschehen: Der Prozess des europäischen Zusammenwachsens hat, wenn auch nicht immer in der gewünschten Art, Fortschritte gemacht; die Überlegungen über eine möglichst schnell wirksam werdende Verteidigung Westeuropas haben zu praktischen Ergebnissen geführt; die französische Regierung hat den Vorschlag gemacht, den Kriegszustand mit Deutschland formell für beendet zu erklären. Auf der anderen Seite hat der Ausbruch des Krieges in Korea gezeigt, wie dringend notwendig eine europäische Konsolidierung ist.

Vielleicht wird auch diesmal nicht alles so schnell gehen wie es möglich und, an der gefährlich zugespitzten Situation gemessen, notwendig wäre. Aber die Ansicht ist allgemein, dass ein weiteres Hinauszögern dieser Frage nur als störender Anachronismus in einer Zeit empfunden würde, in der die Deutsche Bundesrepublik mit voller

Zustimmung der Alliierten daran geht, sich einen Konsulardienst aufzubauen, in der täglich neue Symptome einer wachsenden deutschen Selbständigkeit zu verzeichnen sind und in der man begriffen hat, dass Deutschland in einem politisch und wirtschaftlich homogenen Europa nicht fehlen darf. Unter diesen Umständen empfinden alle Vernünftigen es als selbstverständlich, dass man gewisse Formen der Sicherung vor Deutschland, die aus einer ganz anderen Situation heraus entstanden sind, den neuen Verhältnissen anpasst. Es sind bereits in der Diskussion zum Thema Revision des Besatzungsstatuts eine ganze Reihe konkreter Punkte genannt worden. Besonders aktuell erscheint heute davon das Bestreben, künftig die Anwesenheit der Besatzungsmächte der Westalliierten in Deutschland nicht als eine Art Straf- und Sicherheitsmassnahme gegenüber Deutschland, sondern als eine Vorkehrung zum Schutz Deutschlands anzusehen. Das würde das Bild im Sinne der politischen Wirklichkeit gründlich ändern.

In den letzten Tagen ist nun die Frage einer ausdrücklichen alliierten Sicherheitsgarantie wieder, wie schon einmal vor einem halben Jahr, eifrig erörtert worden. Von westalliiertem Seite hat man darauf hingewiesen, dass die Tatsache der Besetzung selbst für diesen Zweck ausreicht, da sie die automatische Reaktion der Besatzungsmächte im Falle eines Angriffs auf die Deutsche Bundesrepublik auslösen werde. Immerhin könnte die amtliche Feststellung dieser Konsequenz - ob es sich nun dabei um eine formelle Sicherheitsgarantie handelt oder nicht - grossen psychologischen Nutzen haben. Der wertvollste Beitrag in diesem Sinne war freilich das schnelle Handeln der amerikanischen Regierung im Fernen Osten, das vor allem als Symptom für die künftige amerikanische Haltung sehr beruhigend gewirkt hat. Vielleicht wird der Ernst der Stunde dazu beitragen, dass man nun auch bei gewissen europäischen Fragen, wie eben der des Besatzungsstatuts, eine schnelle und grosszügige Lösung findet, denn das Generalthema lautet schon lange nicht mehr 'Sicherheit vor Deutschland', sondern 'Sicherheit auch für Deutschland'.

- - -

Zwischenphase im Schuman-Plan

Von Alfred Frisch, Paris

Nach Überreichung und Veröffentlichung der als Arbeitsgrundlage dienenden französischen Denkschrift über die praktische Verwirklichung des Schuman-Planes wird die Sechsmächte-Konferenz ab 3. Juli in ihre erste wichtige Phase eintreten. Die Dauer der Verhandlung ist vorläufig noch nicht abzusehen, in Paris wird jedoch eher mit Monaten als mit Wochen gerechnet.

In den Reihen der französischen Sozialisten werden zahlreiche Bedenken und Vorbehalte geltend gemacht, in ihrer Mehrheit scheint jedoch die Partei entschlossen zu sein, den französischen Aussenminister zu unterstützen, weil sie in der praktisch durchgeführten europäischen Zusammenarbeit den einzigen Ausweg aus der beengenden internationalen Sackgasse sieht. Ausserdem vermag sich die Partei die beinahe unerhoffte Gelegenheit einer, wenn wahrscheinlich auch bescheidenen internationalen Wirtschaftsplanung nicht entgehen zu lassen.

Erstaunlicherweise ist ein eigentlicher Widerstand viel stärker bei dem Deutschland misstrauisch gegenüberstehenden Flügel der Volksrepublikaner, d.h. der Partei Robert Schumans, festzustellen als bei den Sozialisten. Als bremsende Elemente gelten dort der in der Europabewegung und in den deutsch-französischen Beziehungen eine gewisse Rolle spielende Senator Léon Hamon, der Fraktionsvorsitzende der Volksrepublikaner in der Nationalversammlung, de Menthol, und - nach schwer kontrollierbaren Gerüchten - in gewissem Umfang auch der vorwiegend atlantisch orientierte Bidault.

Bei der sozialistischen Entscheidung fällt der Gedanke ins Gewicht, dass bei Scheitern des Schuman-Planes die Wiederherstellung des europäischen Stahlkartells unvermeidlich wäre. Aus verständlichen Gründen zieht man daher selbst eine ungenügende überstaatliche Kontrolle und Planwirtschaft einem privaten Interessenmonopol vor.

Die Stahlindustrie, die inzwischen mit beratender Stimme an den Verhandlungen teilnimmt, bleibt weiterhin, zumindest der Öffentlichkeit gegenüber, sehr reserviert. Nach zuverlässigen Mitteilungen soll sie jedoch innerhalb der französischen Delegation keinerlei fühlbaren Widerstand leisten und zumindest stillschweigend bereit sein, den Schuman-Plan hinzunehmen. Dieser offensichtliche Stellungs-

Wechsel hat verschiedene Gründe. Ein klarer Widerstand hätte zwangsläufig die immer noch gefürchtete Diskussion um eine etwaige Verstaatlichung wieder erweckt. Das wollen aber die lothringischen Schlotbarone vermeiden, zumal sie innerhalb der Privatwirtschaft infolge der Verärgerung der stahlverarbeitenden Industrie über ihre rücksichtslose Preispolitik nur mit wenig Unterstützung rechnen könnten. Sie halten es ferner aus ähnlichen Erwägungen heraus nicht für angebracht, um den Schutz des Staates gegen die böse deutsche Konkurrenz zu bitten, Nachdem sie monatelang von den günstigeren Produktionsbedingungen in Deutschland und insbesondere von den niedrigeren Löhnen und Soziallasten redeten, wenden sie sich plötzlich mit grösster Energie gegen die "völlig unberechtigte und unverantwortliche Behauptung", die französische Stahlindustrie sei auf irgend einer Ebene der ausländischen Konkurrenz unterlegen. Man solle ihr nur Koks und Kohle zu den gleichen Preisen wie den deutschen Werken liefern, dann hätte sie weder im Inland, noch im Ausland etwas zu befürchten. Nach ruhiger Überlegung scheint ferner schliesslich die französische Schwerindustrie verstanden zu haben, dass sie aus dem Schuman-Plan einen nicht unerheblichen Nutzen zu ziehen vermag, da aller Voraussicht nach Frankreich Deutschland ersuchen wird, vor Erhöhung der Stahlquote gewisse Mengen französischen Rohstahls abzunehmen. Dieser zusätzliche Absatz kommt nun den lothringischen Werken mehr als gelegen, denn ihre Erzeugung hat zur Zeit Absatzschwierigkeiten und liegt bereits rund 10 v.H. unter dem für die Nachkriegszeit als Mindestmass angenommenen Stand von 1929. Ausserdem besteht die stille Hoffnung, die Saarkonkurrenz zugunsten oder zu Ungunsten des deutschen Marktes über den Schuman-Plan loszuwerden.

Aus all diesen Gründen überrascht es nicht, dass die Handelskammer von Nancy, die als Sprachrohr der Stahlindustrie gelten kann, den Schuman-Plan ausdrücklich billigte, freilich unter dem Vorbehalt der Aufrechterhaltung privatwirtschaftlicher Bewegungsfreiheit. Die französische Unternehmerschaft wird wahrscheinlich den Grundsatz der europäischen Montanunion nicht mehr infrage stellen, wohl aber ihre ganzen Kräfte mobilisieren, um die von den Linksparteien und den Gewerkschaften geforderte übernationale Kontrolle und Wirtschaftsplanung auf ein Mindestmass zu drücken. Erfreulicherweise sind diesen Bestrebungen zwangsläufig enge Grenzen gesetzt.

Für die französische Regierung ist der Schuman-Plan das erste Element einer europäischen Gemeinschaft. Sehr deutlich treten die wirtschaftlichen Fragen hinter den politischen Erwägungen zurück, und das Hauptgewicht wird auf die "Verschmelzung der nationalen Souveränitäten" gelegt.

Unsoziale Getreidepreise

H.S. Die Bundesregierung hat durch Verordnung die Inlands-Erzeugerpreise für Getreide erhöht. Weizen soll 320 DM, Roggen 278 DM pro t kosten. Diese verordnete Erhöhung der Inlands-Erzeugerpreise für Getreide ist die unglücklichste und unsozialste von allen unglücklichen und unsozialen Massnahmen der Bundesregierung. Denn von der Seite der Gestehungskosten lag zu dieser Preiserhöhung keinerlei Anlass vor. Bis zum heutigen Tag haben die Bauernverbände kein Beweismaterial vorgelegt, dass erhöhte Gestehungskosten die Erhöhung des Inlands-Erzeuger-Preises für Getreide erfordern.

Wir verweisen darauf, dass Bundesernährungsminister Niklas am 27.4.1950 im Bundestag ausdrücklich feststellte: "Es ist doch gelungen, einigermaßen gleiche Verhältnisse zwischen den Agrarpreisen und den Produktionsmittelpreisen herzustellen". Tatsächlich wies im April 1950 der Index der landwirtschaftlichen Erzeugerpreise einen Stand von 167 im Vergleich zu 1938 auf, während der Index der Preise für sächliche Betriebsmittel der Landwirtschaft einen Index von 168 zeigte. Die Unterbewertung des Getreides wurde also aufgewogen durch überdurchschnittliche Preise für Hackfrüchte, Vieh und Milch.

Die Preise für Brotgetreide haben sich seit 1938 wie folgt entwickelt:

	Preise pro Doppelzentner					
	1938/39		1948/49		1950/51	
	RM/DM	%	RM/DM	%	DM	%
Weizen	20,50	100	26,00	127	32,00	156
Roggen	19,20	100	24,00	125	27,80	145

Unter der Annahme gleicher Ernte-Erträge und unter der berechtigten Voraussetzung, dass sich die im Betrieb verfütterten und verbrauchten Getreidemengen zum Marktpreis verwerten, erzielt die Landwirtschaft des Bundesgebietes im Wirtschaftsjahr 1950/51 allein aus dem Anbau von Weizen und Roggen eine Mehreinnahme von 245 Millionen DM.

Ursprünglich wurde das bisherige System der Verbilligung des eingeführten Brotgetreides als unsozial verächtet, weil an ihm die einkommensstarken Teile der Bevölkerung im gleichen Masse Anteil hatten, wie die einkommensschwachen Bevölkerungsschichten. Wenn man jetzt - unter Vermeidung der Brotpreiserhöhung - das Aufkommen aus einer Margarinesteuer zur Subvention des Brotpreises verwenden will,

dann sollen künftig die auf den Konsum von Margarine angewiesenen einkommensschwächsten Verbraucher **a l l e i n** die Last der Getreidepreiserhöhung tragen, die bisher wenigstens einigermaßen gerecht nach dem Steueraufkommen bestritten wurde.

Die Weltmarktpreise für Getreide zeigen sinkende Tendenz. Wir wollen nur hoffen, dass die Bundesregierung nicht auf die verrückte Idee verfällt, im Interesse der Hochhaltung der von ihr erhöhten Inlands-Erzeugerpreise für die Einfuhren möglichst viel Geld auszugeben. Wir denken dabei an die Einfuhr von Roggen, dessen billigstes Angebot - nach dem Märzbericht der Bank Deutscher Länder - frei Nordseehafen mit 273 DM pro t schon jetzt unter dem verordneten Inlandspreis liegt. Ende Mai berichtete die "Deutsche Bauernzeitung", dass Weizen der Qualität Hard Winter 2 mit 265 bis 270 DM pro t frei Europahafen ebenfalls unter dem neuen Inlandspreis angeboten wurde. Wir werden also bald erleben, dass sich die Einfuhrpreise mit dem frisch festgesetzten Inlandspreis für Roggen und Weizen nicht vertragen.

- - - -

#### Die Labour Party wächst

sp. Wie der Organisationsleiter der Labour Party mitteilt, hat die Einzel-Mitgliedschaft in der Partei jetzt die 3/4-Millionengrenze überschritten. Neuaufnahmen erfolgten besonders seit den letzten Wahlen im Februar. Im Laufe eines Jahres hat sich die Mitgliederzahl um rund 100.000 erhöht. Die abschliessenden und offiziellen Zahlen für das Jahr 1949 sollen in nächster Zeit veröffentlicht werden.

In den genannten Zahlen kommt ein ausserordentlicher Aufschwung der britischen Arbeiterpartei zum Ausdruck. Erst im Jahre 1928 ging die Labour Party dazu über, auch Einzel-Mitglieder aufzunehmen. Vorher konnte man nur durch Gewerkschaften, Genossenschaften usw. Mitglied werden. Im Jahre 1948 zählte die Partei 629.025 Einzel-Mitglieder neben 4 793 412 kollektiv angeschlossenen Mitgliedern.

Das beträchtliche Ansteigen der Mitgliederzahl ist ein klarer Beweis dafür, dass die nicht fortzuleugnenden Errungenschaften der Regierung im wachsenden Masse von der Bevölkerung anerkannt werden. Daneben ist sie der Beweis einer ausgezeichneten organisatorischen Leistung.

- - - -

Nachrichten aus der Sowjetzone:Ein Rechenschaftsbericht der NDP

sp. Die Zonenleitung der NDP ("Nationaldemokratische Partei", eine Art "volksdemokratischer" Ableger der alten NSDAP) musste auf Anforderung durch die sowjetische Kontrollkommission einen Bericht über die Situation in der Partei geben. Aus diesem Bericht geht hervor, dass es der NDP nicht gelungen ist, ihre Aufgabe der Sammlung aller von der SED abgesprungenen Mitglieder zu erfüllen. Nach den parteiamtlichen Feststellungen steht einer Eintrittsziffer von 16 900 Personen in einem Jahr und im Gebiet der sowjetischen Besatzungszone eine Austrittsziffer von 10 462 Mitgliedern gegenüber. Die NDP habe, so heisst es, mit nicht vorhergesehenen Schwierigkeiten zu kämpfen. Der Widerstand der Bevölkerung sei grösser als vorher angenommen.

Schule als politische Prüfanstalt

sp. Im Rundschreiben 3/50 vom 25.4.50 des Kreisschulamtes Bernau werden die Schulleiter aufgefordert, drei Aufsätze über die Nationale Front, die deutsch-sowjetische Freundschaft und das Pfingsttreffen schreiben zu lassen. Nach diesem Rundschreiben haben die Schulleiter, in Zusammenarbeit mit dem Kollegium, einen Bericht über die aus diesen Arbeiten ersichtliche Einstellung der Schüler und ihres Elternhauses anzufertigen. Mit diesem Bericht müssen die beiden negativsten Arbeiten dem Kreisschulamt eingereicht werden.

DGB - Bundesvorstand tagt

Wie der SED-Pressedienst aus gewerkschaftlichen Kreisen erfährt, herrscht in den Gewerkschaften und Betrieben des ganzen Bundesgebietes ausserordentliche Unruhe über die vom Bundeskabinett verordnete Erhöhung der Brotgetreide-Preise und die Erwägung zur Einführung einer Fettsteuer. Die den Konsumenten entstehenden Mehrkosten werden auf 600 Millionen DM aus der Getreidepreiserhöhung und 300 Millionen DM aus der evtl. Fettsteuer berechnet. Da z.Zt. der Bundesernährungsminister mit den Hohen Kommissaren um die Genehmigung von landwirtschaftlichen Hochschutzzöllen berät, erwartet man eine weitere Mehrbelastung der Verbraucher in Höhe von etwa 300 Mill. DM, insgesamt also 1,2 Milliarden.

Im Augenblick befasst sich der Bundesvorstand des DGB mit der sehr ernstesten neuen Situation. Massnahmen zu ihrer Abwehr werden erwogen.

Verantwortlich: Peter Raunau